

Bundeskanzlerin
der Bundesrepublik Deutschland
Frau Dr. Angela Merkel
Bundeskanzleramt
11012 Berlin

08.04.2019

Offener Brief an den Kabinettsausschuss „Klimaschutz“ der Bundesregierung

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel,
sehr geehrte Beauftragte Vorsitzende und Bundesumweltministerin Svenja Schulze,
sehr geehrte Bundesminister und Bundesministerinnen,

als Jugendumweltverbände, die sich seit Jahrzehnten für ambitionierten Umwelt- und Naturschutz einsetzen, vor allem aber als junge Menschen, die Angst um ihre Zukunft haben, wenden wir uns mit diesem Offenen Brief an Sie, verbunden mit der Aufforderung, die Bedürfnisse der Jugend stärker zu berücksichtigen und unsere Argumente in Ihre Entscheidungen mit einzubeziehen.

Wir begrüßen die Einrichtung des sogenannten Klimakabinetts sowie die Planung eines Klimaschutzgesetzes, das die Einhaltung der Klimaschutzziele 2030 gewährleisten soll. Wir betrachten Ihre Entscheidung als ein längst notwendiges Bekenntnis zur Bedeutung des Klimaschutzes. Es stimmt uns hoffnungsvoll, dass Sie den Stellenwert dieser für uns alle existenziellen und substanziellen Fragen erkennen und den Klimaschutz endlich auf die höchste Entscheidungsebene heben.



JUGEND

Ebenso deutlich möchten wir Ihnen auch sagen: Das ist erst der Anfang. Nun kommt es darauf an, dass Sie konkrete Veränderungen beschließen, mit denen wir die Klimaschutzziele tatsächlich einhalten. Nie waren wir so entschlossen wie jetzt, Ihre Politik genau zu beobachten und für unser Recht auf eine lebenswerte Zukunft auf diesem Planeten einzustehen, sollten Sie wieder Ihrer Verantwortung nicht gerecht werden. Weil Sie über Jahrzehnte zu wenig für den Klimaschutz getan haben, ist jetzt kein sanfter Übergang mehr möglich, sondern es müssen viel schwierigere Maßnahmen getroffen werden. Wir fordern, dass Sie diese jetzt direkt umsetzen. Der Klimawandel duldet keinen weiteren Aufschub.

Warum es jetzt auf Sie ankommt

Zigtausende junge Menschen demonstrieren – nicht erst seit Greta Thunberg, sondern bereits seit Jahrzehnten! Weil ambitionierter Klimaschutz trotzdem immer wieder vertagt wurde, protestieren Jugendliche weltweit immer entschlossener – mittlerweile unterstützt von tausenden Wissenschaftler*innen – weil sie verzweifelt sind, und weil ihr Vertrauen in die Politik schwindet.

Der Klimawandel geschieht jetzt. Die schlimmsten Folgen können wir nur abwenden, wenn wir unverzüglich und entschlossen handeln. Sie können diese Veränderung gestalten. Sie können jetzt Geschichte schreiben – als eine Regierung, die erkannt hat, worauf es wirklich ankommt.

Zu lange haben Sie nur über mögliche Lösungen geredet und gestritten. Zuletzt, vor wenigen Wochen, hat uns das Ergebnis der Kommission für Strukturwandel, Beschäftigung und Wachstum erneut enttäuscht. Zumindest hat der gefundene Kompromiss den klimapolitischen Stillstand in Deutschland aufgebrochen. Angesichts der Bedrohungen, die zukünftigen Generationen bevorstehen, ist dies jedoch nur ein erster Schritt – und nicht der Aufbruch, den wir brauchen.

Die Bundesregierung kann diesen Aufbruch nun noch herbeiführen, indem sie das Kohleausstiegsgesetz als Teil eines umfassenden Gesetzespaketes an Klimaschutzsfortmaßnahmen noch in diesem Jahr verabschiedet.



JUGEND

Wir wollen Sofortmaßnahmen zum Klimaschutz – in allen Sektoren

Der Kohlekompromiss, so wichtig er als Signal auch war, beschreibt aus klimapolitischer Sicht noch immer viel zu schwache Maßnahmen. Echter Klimaschutz ist umso wirksamer, je früher die Kraftwerke abgeschaltet werden. Das Potenzial, den Kohleausstieg vor dem geplanten Ausstiegjahr 2038 durchzuführen, ist vorhanden.

Gleichzeitig ist mit dem Kompromiss auch klar, dass auch alle anderen Sektoren dringend ihren Beitrag leisten müssen, um die deutschen Klimaziele zu erreichen. Ein umfassendes Gesetz kann endlich dazu beitragen, alle Sektoren in die Pflicht zu nehmen.

Ein Klimaschutzrahmengesetz schafft die längst überfällige Verbindlichkeit und modernisiert die politische Steuerung der deutschen Klimaschutzpolitik. Dabei befürworten wir den Vorschlag der Bundesumweltministerin, den zuständigen Bundesministerien Klimaschutz als verbindliche Aufgabe zuzuweisen.

Klimaschutz liegt damit nicht mehr nur in der Zuständigkeit des Umweltministeriums, sondern ist Auftrag aller Ministerien. Diese haben durch das Klimaschutzgesetz den Freiraum, die kostengünstigsten, innovativsten und wirksamsten Maßnahmen für ihren Sektor selbst zu wählen und ihre Mittel zur Erreichung der Klimaziele frei zu bestimmen. Wir begrüßen den ambitionierten Charakter des Gesetzestextes, wonach u.a. Klimaziele erhöht, aber nicht herabgesetzt werden dürfen. Ambitionen sind nun unerlässlich, zumal die bisher formulierten Klimaziele der Bundesregierung noch nicht ausreichen.

Mindestens so entscheidend ist jedoch auch, dass Sie Ihre Gestaltungsaufgabe ganzheitlich und ohne weiteres Zögern annehmen. Denn erst die rechtliche Umsetzung konkreter Klimaschutzmaßnahmen in den betroffenen Sektoren Energie, Industrie, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft, Abfallwirtschaft sowie Landnutzung und Forstwirtschaft wird dazu beitragen, CO₂ in Deutschland tatsächlich einzusparen.

Zwischen 2009 und 2016 sind die tatsächlichen Emissionen Deutschlands nicht mehr gesunken, und das 40-Prozent-Reduktionsziel für 2020 wird drastisch verfehlt. Deshalb reicht ein reines Rahmengesetz nicht aus, um die Erderhitzung auf 1,5°C zu begrenzen und die Lücke zum nationalen 40%-Reduktionsziel „so schnell wie möglich“ zu schließen. Klimaschutzgesetz und Maßnahmen müssen Hand in Hand gehen.

Hierfür braucht es neben einem wirksamen Klimaschutzgesetz dringend auch die umgehende Umsetzung konkreter Minderungsmaßnahmen in allen Sektoren. Ein solches Paket von Klimaschutzsofortmaßnahmen ist für die Erreichung der Klimaschutzziele, für das Leben der Bürger*innen in Deutschland und die Zukunft der jungen Generationen unerlässlich. Dazu zählt u.a. eine Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, um den Ausbau von Solar- und Windenergie zu stärken, und die Förderung des Energiesparens im Gebäudebereich, wie im Koalitionsvertrag vereinbart wurde.

Wir wollen Mitbestimmung – in einem natur- und klimafreundlichen Land

Wir, die junge Generation, die Wähler*innen von morgen, die Entscheider*innen von übermorgen, sind diejenigen, die von Ihren Entscheidungen unkorrigierbar betroffen sein werden. Es sind diese Jahre, in denen wir leben, in denen Sie einen drastischen Klimawandel entweder wider besseren Wissens herbeiführen oder dank besseren Wissens noch abschwächen können.

Deshalb möchten wir Gehör finden. Noch zuletzt, als die Kohlekommission tagte, haben wir uns als Jugendbündnis mehrfach mit Argumenten und einem Forderungspapier in die Diskussion einbringen wollen, erhielten jedoch kaum Resonanz vonseiten der Kommission. Doch die Meinung junger Menschen ist wichtig. Wir fordern deshalb wirksame Formen der Anhörung und Mitbestimmung für Jugendliche und junge Erwachsene, ab sofort.

Beim Sachverständigengremium für Klimafragen, das auch im vorliegenden Klimaschutzgesetz erwähnt wird, sind 5 von 7 Mitgliedern bereits festgelegt. Hier sollen Frauen und Männer gleichermaßen berücksichtigt werden. Im Sinne der intergenerationellen Gerechtigkeit fordern wir, dass ebenso mindestens ein junger Mensch als Sachverständige*r für Jugendfragen in dieses Gremium berufen werden muss. Dies könnte zum Beispiel eine durch den Deutschen Bundesjugendring berufene Person sein.



JUGEND

Uns jungen Menschen muss eine Perspektive gegeben werden. Wir erkennen zunehmend, dass unsere Zukunft nach Logiken vergangener Epochen nicht mehr funktionieren kann. Auch die Debatte um das Klimaschutzgesetz hat erneut gezeigt, dass wir endlich verstehen und einsehen müssen, dass Umwelt und Wirtschaftlichkeit keine Kontra-Argumente sind, sondern gemeinsam gedacht werden müssen, um nachhaltige Ziele zu erreichen.

In den letzten Jahrzehnten war das Wirtschaftswachstum der Kompass für alle Entscheidungen – allzu oft auf Kosten unserer Ressourcen und der Ressourcen zukünftiger Generationen. Doch diese Generationen haben ebenfalls ein Leben auf einem intakten Planeten verdient, dessen Rohstoffe nicht unendlich mit unserem Lebensstil mitwachsen können.

Das Klimaziel von Paris ist kein simpler Richtwert, sondern eine Verpflichtung gegenüber denjenigen, die weltweit am stärksten von den Konsequenzen unseres Wirtschaftens und unserer Lebensweise betroffen sind. Der Profit hiesiger Unternehmen basiert auf einem Bilanzierungssystem, das versteckte Kosten für Umwelt und Mensch nicht einrechnet. Je länger wir an dieser umweltschädlichen Wirtschafts- und Verhaltensweise festhalten, desto stärker werden künftige Generationen weltweit diese Kosten zu spüren bekommen.

Wohlstand und Freiheit, Wirtschaftlichkeit und Frieden sind auch abseits des Gedankens vom ewigen Wachstum denkbar. Eine Neuorientierung mit dem Fokus auf Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit ist nicht nur eine historische gestalterische Chance für Ihre Generation, sondern ein notwendiger Schritt, um die Lebenschancen der Menschheit zu sichern. Es geht darum, wirkliche Gerechtigkeit herzustellen – eine ureigene Aufgabe der Politik.

Sie als Mitglieder der Bundesregierung können dafür sorgen, dass Deutschland eine führende Rolle auf diesem Weg einnimmt. Sie können beweisen, dass ein Land diese Wende sozialverträglich, konsequent nachhaltig und transparent gestalten kann – nur so können Sie das Vertrauen der jungen Menschen zurückgewinnen.



JUGEND

Wir wollen Ihre Entschlossenheit, Ihre Durchsetzungskraft und Ihr Handeln

Uns ist vollkommen bewusst: Die große Transformation birgt unvermeidbare gesamtgesellschaftliche Umbrüche und diese müssen ebenso gesamtgesellschaftlich angegangen werden. Die Transformation fordert transparente Zusammenarbeit, Innovation und Offenheit von allen Akteur*innen. Wir fordern insbesondere, dass die Bürger*innen in den betroffenen Regionen an der Gestaltung und Umsetzung der Strukturwandelmaßnahmen beteiligt werden.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel, sehr geehrte Bundesministerinnen und -minister, es ist bereits zu viel Zeit verstrichen, und dies lässt sich nicht mehr ändern. Es ist nicht zulässig, darauf zu hoffen, dass die junge Generation es später schon irgendwie richten wird. Sie sind jetzt in der Pflicht, zu handeln und uns dabei partizipieren zu lassen. Wir brauchen jetzt einen echten Strukturwandel für uns und die zukünftigen Generationen, eine klimaverträgliche Wirtschaft und einen lebenswerten Planeten. Wir und zukünftige Generationen werden Sie an Ihren Taten messen, nicht an Ihren Absichten.

Wir fordern daher Sie sowie uns alle in unserer Gesellschaft auf, den Strukturwandel als Chance zu verstehen. Als Chance, die wir gemeinsam gestalten können. Wir selbst möchten uns dafür einsetzen, dass der Wandel lebenswerte Gemeinden hervorbringt, welche auch jungen Menschen Perspektiven und Entfaltungsraum geben.

Erst wenn Ihre Politik diese Prozesse aktiv gestaltet und Sie jetzt die notwendigen Maßnahmen ergreifen, kann der Wandel in der Klimapolitik eine Erfolgsgeschichte für uns alle werden.

Mit freundlichen Grüßen

BUNDjugend

NAJU

Naturfreundejugend Deutschlands

WWF Jugend



JUGEND

Ansprechpersonen der jeweiligen Verbände:

Für die BUNDjugend:

Carolin Lotter

carolin.lotter@bundjugend.de

Kaiserin-Augusta-Allee 5

10553 Berlin

Für die Naturfreundejugend Deutschlands:

Jannis Gustke

jannis@naturfreundejugend.de

Warschauer Straße 59a

10243 Berlin

Für die NAJU:

Vera Kaunath

vera.kaunath@naju.de

Karlplatz 7

10117 Berlin

Für die WWF Jugend:

Marcel Gluschak

marcel.gluschak@wwf.de

Reinhardtstr. 18

10117 Berlin



JUGEND